

Evangelische Verantwortung

Politik und Moral im Spannungsfeld von Medien, Kirche und Gesellschaft

Angela Merkel

Immer wieder sprechen wir in diesen Tagen über das Thema „Politik und Moral“. Auch wenn ich manchmal denke: Wir haben nun schon eine ganze Menge Probleme durch die deutsche Einheit – natürlich auch eine Menge Freude – und nun haben wir auch noch die Diskussion über Politik an sich, die sich die Bundesrepublik auch schon 15 Jahre früher hätte gönnen können. Insofern frage ich mich manchmal: habe ich jetzt die guten, friedlichen Zeiten versäumt, als die Politiker noch etwas galten und jetzt, wo wir aus dem Osten nun mit Politik machen können, da ist die Politik in die Krise geraten. Was ist überhaupt los mit dieser Bundesrepublik? Gönnen man uns nicht die schöne, ruhige und friedliche Bundesrepublik, die wir aus der ehemaligen DDR mehr oder weniger durch das Fernsehen kannten und von der man doch den Eindruck hatte, daß die wichtigen Probleme gelöst sind?



Bundesministerin Dr. Angela Merkel:
Unser Wertesystem in der CDU ist geprägt vom christlichen Menschenbild

Unsere Erfahrung jetzt hat doch wahrscheinlich etwas damit zu tun, daß mit der Deutschen Einheit sich in Europa, in der Welt eine ganze Menge geändert hat, daß ein ganzes Weltsystem, der „klassische Gegner“ der freiheitlichen Demokratien, der Kommunismus zusammengebrochen ist und daß jetzt auch die bundesrepublikanische Demokratie vor einer ganz neuen Bewährungsprobe steht. Sie muß ohne ein System neben sich, das offensichtlich schlechter oder ineffizienter oder überhaupt abstrus ist, beweisen: ja, wir sind fähig voranzugehen, unsere Probleme zu lösen und vor allen Dingen auf die Anforderungen zu reagieren, die die heutige Zeit mit sich bringt.

Diese Probleme haben wiederum auch nur sehr mittelbar etwas damit zu tun, daß wir die Deutsche Einheit ha-

ben und daß auch in Mittel- und Osteuropa die sozialistischen oder kommunistischen Diktaturen zusammengebrochen sind.

Auch ohne diesen Zusammenbruch scheint mir, hat sich in der übrigen Welt vieles geändert, was wir vielleicht gar nicht so wahrgenommen haben. Unsere Gesellschaft ist immer mehr zu einer **Informationsgesellschaft** geworden, in der wir im Grunde, wenn wir uns interessieren, alles wissen könnten, aber überhaupt gar nicht in der Lage sind, alle Informationen zu verarbeiten, geschweige denn sie in unser Wertesystem einzuordnen. Da ist eine Welt, die sich immer mehr in Richtung der Arbeitsteilung, der Aufteilung von Arbeitsprozessen organisiert, die also immer weniger zusammenhängende Tätigkeiten, z.B. im Familienbereich, kennt. Das hat schwerwiegende Auswirkungen auf das Zusammenleben der Generationen. Es gibt eigentlich kaum noch lebensnotwendige Dinge, die die Generationen miteinander verbringen müssen. Früher gehörten der Bauer, die Felder und die Kinder zusammen. Nur so konnte überhaupt das Bauerndasein gesichert werden.

Wir leben in einer Welt, in der es in unseren Breiten zumindest sehr viel mehr Freizeit gibt. Haben wir gelernt, mit dieser Freizeit umzugehen? Und wir haben eine Republik, in der über 40 Jahre Demokratie dazu geführt haben, daß die Bürger emanzipierter geworden sind. Autoritäten oder autoritäre Strukturen gelten nicht mehr so einfach etwas, nur weil sie autoritäre Strukturen sind. Darüber sind wir ja froh. Und wir leben in einer Welt, die bei uns jedenfalls in Mitteleuropa, mit erheblichen demographischen Änderungen verbunden ist. Die Menschen werden älter, sie leben länger – ein großer Erfolg von Wissenschaft und Technik. Das heißt aber im Gegensatz zu Kasachstan, wo 60 % der Menschen unter 25 Jahre alt sind, sind es bei uns noch 15 %. In den

50er Jahren waren es immerhin noch fast 30 %. Das alles hat erhebliche Auswirkungen auf unsere gesellschaftlichen Strukturen und das alles hat mit der Deutschen Einheit und dem Zusammenbruch des Kommunismus so gut wie nichts zu tun. Deshalb ist ja die Frage, wie machen wir nun weiter?

Rolle der Politik

Welche Rolle hat dabei die Politik, aber welche Rolle haben auch andere Teile der Gesellschaft, die Kirchen, die Medien?

Nun wird im Zuge der Emanzipation auch der Bürger gefragt: Ist denn das überhaupt noch das richtige politische System, um mit den Problemen, die wir haben, umzugehen?

Oder sind nur die Politiker unfähig und können uns nicht mehr vernünftig sagen, wo es weitergeht. Und nach Zeiten der Expansion und des Wachstums ist auch eine Haltung da, die sagt, wir erwarten eigentlich von Euch Politikern, daß Ihr uns a) sagt, wo es lang geht und b) doch eine ganze Menge Sicherheit vermittelt, daß alles besser wird. Die Frage ist, ob Politiker das überhaupt können und wenn sie es nicht können, ob es nun prinzipiell unmöglich ist oder ob nur gerade die falschen Politiker im Amte sind, die dazu nicht fähig sind.

Diese Fragen müssen wir vor dem Hintergrund sehen, daß wir natürlich schon einen anderen Zustand haben als in den 50er, 60er Jahren und auch wieder Mitte der 80er Jahre, wo es Wachstumsphasen gab. Damals konnte im Grunde jeder, der ein bestimmtes Interesse in dieser Republik vertreten hat, darauf warten, daß er an dem Gesamtwachstum beteiligt wird und auch Stärkung erfährt.

Schwierig wird die Sache erst in Zeiten, in denen es kein Wachstum gibt. Kann unser System auf neue Herausforderungen angemessen reagieren? Diesen Beweis werden wir jetzt erbringen müssen. Nun hatte ich in meiner Einfalt, als ich fröhlich dem Geltungsbereich des Grundgesetzes entsprechend Artikel 23 beigetreten bin, gedacht, daß ja gerade das Gute an der Bundesrepublik Deutschland ist, daß es sich um ein lernfähiges System handelt. Denn eines war sicher, die Diktaturen, die waren nur sehr mangelhaft lernfähig. Wenn jede Knappheit von Zahnbürsten im Politbüro diskutiert werden mußte, dann verlor man das Vertrauen in die Lernfähigkeit dieses zentralistisch gesteu-

ten Systems. Aber auf die Frage, wie lernfähig denn nun diese alte Bundesrepublik war und wie lernfähig die neue Bundesrepublik ist, muß ich sagen, bin ich oft nicht besonders zufrieden mit der Antwort oder ich kann auch sagen, ich hatte mir etwas mehr erwartet.

Da stellt sich natürlich dann die Frage: Was sind denn eigentlich die Grundlagen, aus denen heraus Politiker entscheiden? Denn wenn es z.B. darum geht, neu zu verteilen, anders zu verteilen, neue Akzente zu setzen, dann muß man natürlich fragen, mit welcher Zielrichtung und aufgrund welcher Orientierung tun wir das. Ich denke, das hat dann schon etwas mit Moral zu tun. Unser Wertesystem in der CDU ist ganz klar geprägt vom christlichen Menschenbild, auf dieses sollten wir uns immer wieder auch zurückbesinnen, wenn wir neue Antworten auf neue Fragen finden müssen. Da kommt man dann zu ziemlich altertümlichen Begriffen wie Solidarität, Subsidiarität und zu der Frage, was ist eigentlich für uns das Wichtige, was wollen wir?

Grundlagen der politischen Entscheidungen

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat die CDU immer gesagt: Wir wollen entsprechend dem christlichen Menschenbild versuchen, die Fähigkeiten und Möglichkeiten jedes einzelnen Menschen in möglichst gerechter Weise in dieser Gesellschaft zur Wirkung kommen zu lassen. Dieses wollen nun viele, aber die politischen Antworten aus der gleichen Wertevorstellung heraus, können sehr unterschiedlich sein. Das führt dann manchmal dazu, daß man sich fast nicht mehr traut zu sagen: ich bin auch ein Christ oder eine Christin, weil man Angst hat, daß einem vorgehalten wird, daß schon die christliche Botschaft in sich bestimmte politische Antworten impliziert. Das ist aber nicht so, und der EAK hat auch immer wieder betont: paß auf, liebe evangelische Kirche, wir sind auch Christen. Man kann durchaus aus ein- und derselben Orientierung, aus ein- und demselben Christsein heraus zu verschiedenen politischen Antworten kommen.

Insofern glaube ich, ist es ganz wichtig zu sagen, daß Glaube und Politik oder Wertesystem und Politik so einfach keine Einheit bilden können, sondern daß Politik doch mehr etwas Pragmatisches, etwas Handlungsorientiertes ist. Sehr verschiedene Handlungen können aber aus ein- und derselben

moralischen Grundlage begründet werden.

Niemand hat vielleicht mehr als der EAK in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik, diese Spannung immer wieder artikuliert und deutlich gemacht. Katholische Christen hatten in dieser Frage oft weniger Spannung auszuhalten. Aber ich finde es halt auch spannend, wenn man über diese Dinge streitet.

Nun scheint es so zu sein, daß es bei den Deutschen besonders schlimm ist mit dem Verhältnis von Moral und Politik. Schon der Spanier Ortega y Gasset hat geschrieben: „Nirgendwo braucht die Redeweise von der Politik als einem schmutzigen Geschäft weniger begründet zu werden als in Deutschland. Das versteht sich nahezu von selbst.“ Wir neigen sehr dazu, alles, was wir über Politik sagen, denken, gleich mit einem moralisierenden Urteil zu behaften und damit sozusagen eine Glaubensfrage aus bestimmten Dingen zu machen. Auch darin, muß ich wieder sagen, ist die CDU zum Teil Meister. Wenn's denn gar nicht weitergeht und man mit pragmatischen Argumenten nicht vorankommt, dann sagt man, dies ist eine Grundfrage und deshalb müssen wir das so beantworten. Auch davor warne ich sehr.

Denn auch da müssen wir in der Politik redlich sein und das Bemühen jedes Einzelnen akzeptieren und auch akzeptieren, daß ein anderer in unserer Partei auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zu anderen möglichen Antworten kommt.

Ich glaube, das muß eine Volkspartei wie die CDU, aushalten. Ich sage dies und habe dabei auch die Diskussion um den § 218 im Kopf.

Ich rate jedem, der Politik betreibt, nicht zu schnell mit den moralischen „Totschlagargumenten“ wieder auf die Tagesordnung zu treten.

Was macht nun die Politik so zur Grauzone, wenn nicht gar zum schmutzigen Geschäft im Sinne von Herrn Gasset in Deutschland? Das hat etwas damit zu tun, daß wir uns mit der Macht schwer tun und daß wir meinen, daß Parteilichkeit, parteiisches Auftreten immer etwas mit Eigeninteresse zu tun hat, und das Eigeninteresse hat nicht so einen besonders hohen Stellenwert. Im Grunde ist das scheinheilig, weil wir natürlich alle sehr eigeninteressiert sind. Das ist ja auch das Gute und Richtige an der CDU, daß sie

weiß, daß das eigene Interesse der Motor gesellschaftlicher Entwicklungen ist. Wenn wir das nicht akzeptieren und entwickeln, dann werden wir eben nicht vorankommen in der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Deshalb sollten wir gerade in der CDU nicht so tun, als ob wir Eigeninteresse nicht etwa schätzen würden. Ich kann Ihnen versichern, und ich spreche nun wieder von meinen Erfahrungen aus meiner DDR-Zeit, wenn Sie den Menschen das eigene Interesse rauben, dann werden Sie eben vieles von gesellschaftlicher Entwicklung und Triebkraft verlieren. Deshalb seien wir froh, solange Menschen **Eigeninteressen entwickeln**.

Moralischer Rigorismus, der häufig vermengt wird mit politischen Handlungsnotwendigkeiten, führt sehr schnell zur Polarisierung von Standpunkten. Es wird dann mit großer Unerbittlichkeit gestritten und das Ganze hat als negative Folgemöglichkeiten – ich sage Möglichkeiten –, Intoleranz und Uneinsichtigkeit. Aus meiner Sicht bedeutet das einen klaren Verfall der politischen Kultur, die Reduzierung der Politik auf Eindeutigkeiten.

Jede politische Entscheidung wird wahre Momente und nicht so wahre oder wichtige Momente enthalten, wobei die wahren Momente natürlich überwiegen sollten, aber kaum eine politische Entscheidung ist in dieser Hinsicht eindeutig.

Politik wird dann eben nicht mehr als ein Prozeß des Abwägens und der Kompromißsuche verstanden, sondern die politische Debatte wird letztendlich immer unpolitischer, wenn wir sie mit moralischen Kategorien vermischen.

Andere Standpunkte

Deshalb ist es für unsere politische Kultur außerordentlich wichtig, daß wir akzeptieren, daß jeder sein eigenes Wertesystem, sein eigenes moralisches Gefüge hat, daß wir andere Standpunkte gelten lassen, daß wir ein gewisses Maß an Toleranz aufbringen und daß wir auf den moralischen Alleinvertretungsanspruch in der Politik verzichten. Ansonsten verliert die Politik nämlich ihre zweite Seite, ihre unerläßliche und wichtige Seite. Wenn Politik nur noch parteiisch ist, dann hat sie nicht die Fähigkeit zum Ausgleich. Der Ausgleich zwischen den Einzelinteressen ist die herausragende Aufgabe von Politik.

Wenn wir heute über die Möglichkeiten von Politik in der Bundesrepublik Deutschland nachdenken, dann ist das genau die Frage: Kommen wir aus lauter Eigeninteressenvertretung noch dazu, Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu finden. Ausgleich findet sich eben immer besonders schnell, wenn jeder etwas dazukriegt. Dann braucht man nicht lange zu feilschen, dann geht es relativ glatt. Aber wenn vielleicht einer etwas dazubekommt und dem anderen wird etwas genommen, dann wird die Sache schon viel schwieriger. Manche sagen, so etwas ist in unserem System überhaupt nicht machbar. Ich gehe aber davon aus, daß wir den Ausgleich schaffen. Wie kompliziert die Sache ist, erfahren wir in dieser Zeit, in der wir genau dieses leisten müssen.

Das heißt also, wir brauchen Politiker mit einem festen inneren Koordinatensystem, aus dem heraus sie zu Entscheidungen und Kompromissen fähig sind, aber wir brauchen weniger politische Moralisten – die helfen uns zur Zeit aus meiner Sicht nicht weiter. Und wir brauchen, und das halte ich auch für ganz wichtig, in unserer Gesellschaft wieder die Zuordnung der eigentlichen Aufgaben. Weder ist die Politik dafür verantwortlich, den Menschen den Sinn des Lebens zu erklären, noch ist es Aufgabe der Kirche, ständig politische Entscheidungen zu kommentieren und an ihnen das Christsein oder Nichtchristsein zu definieren.....

..... Wir brauchen uns als Politiker nicht zu wundern, wenn die Menschen über uns enttäuscht sind, weil wir ihnen falsche Dinge versprochen haben, nur weil wir zu einer bestimmten Zeit aus Bequemlichkeit einem bestimmten Streit aus dem Wege gegangen sind. Ich habe den Eindruck, daß viele, die heute über die Politik oder über Politiker verdrossen sind, nur deshalb verdrossen sind, weil sie den Eindruck haben, die Politiker haben ihnen nicht alles gesagt, was sie hätten wissen können. Deshalb ist es ganz wichtig, um auch die Frage der Moral in der Politik überhaupt wieder in den Griff zu bekommen, daß Politiker aufhören – ich sage es selbstkritisch – falsche Versprechungen zu machen. Denn erstens sind die Menschen nicht so dämlich, daß sie dauernd glauben würden, das ist ein weiterer Irrtum, und zweitens tun wir uns selber keinen Gefallen. Wenn wir eben zuviel Versprechungen machen, dann werden wir anschließend daran auch gemessen und dann wird man sagen: Erstens

erzählen sie nicht die Wahrheit, zweitens muten sie uns eine Menge zu und dann wollen wir doch mal gucken, wie die eigentlich leben. Dann beginnt ein scharfes Infragestellen mit einem Rigorismus, von dem ich an manchen Stellen nicht weiß, ob er uns wirklich weiterbringt. Denn wenn er zum Schluß dazu führt, daß keiner mehr besondere Lust hat, in die Politik zu gehen, der noch irgendwie kreativ und ideenreich ist, dann wäre unserem politischen System insgesamt, glaube ich, nicht gedient.....

Wenn wir in der Gesellschaft des reinen Egoismus landen, in der jeder nur noch fragt, was er bekommen kann, haben wir keine Zukunft mehr. Das müssen wir den Menschen sagen, auch wenn es für den einzelnen unbequem ist.

CDU-Generalsekretär
Peter Hintze, 12. 6. 93

.... Deshalb meine ich, kritisieren ist erlaubt, ist erwünscht, ist notwendig in dieser Gesellschaft, es muß aber auch einhergehen mit etwa ähnlichen Maßstäben für alle.

..... Wenn wir anfangen, die individuelle Beurteilung eines Politikers immer dann besonders intensiv zu betreiben, wenn seine Handlungen besondere Kontroversen auslösen, dann tun wir etwas, was wir so nicht tun sollten, denn dann wird Politik nicht mehr politikfähig sein. Wir können nicht anfangen, je nach dem Beliebtheitsgrad des jeweiligen Politikers zu einem bestimmten Zeitpunkt unterschiedliche Maßstäbe anzulegen und zu sagen: der macht da jetzt zur Zeit soviel, was uns eigentlich nicht paßt und deshalb gucken wir doch mal genau, was das für ein Mensch ist. Das ist eigentlich meine größte Sorge bei der augenblicklichen Diskussion, und damit könnten wir uns die besten Leute kaputt machen, und das wäre nicht richtig.

Deshalb also mein Appell an den EAK: weiter fest auf den moralischen Fundamenten zu stehen, an einem Wertesystem festhalten; es immer wieder neu zu befragen, aber dazu beizutragen, daß auch kontroverse Politik akzeptiert wird in diesen Lande, auch unter den evangelischen Christen. Dann wären wir schon ganz gut.

Ann.: Auszug aus dem Vortrag anläßlich der EAK-Landestagung Hamburg. Den vollständigen Redetext können Sie jederzeit bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle anfordern.

Wird das Schulsystem den Anforderungen unserer Gesellschaft gerecht?

Steffie Schnoor

Erziehung und Bildung sollen den Menschen befähigen, selbständig und verantwortlich zu handeln und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Erziehung ist Sache der Eltern, die Schule aber hat die Aufgabe, die Eltern bei der Ausübung ihres Erziehungsauftrags zu unterstützen. Wir müssen uns allerdings angesichts sich ändernder gesellschaftlicher Anforderungen fragen, ob unsere Schulen noch in der Lage sind, ihren Auftrag wahrzunehmen.

Die großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre stellen unser Schulsystem vor neue Herausforderungen.

Die Wiedervereinigung und die europäische Einheit verlangen nach neuen Überlegungen auch in der Schulpolitik.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen, die erst jetzt erneut in den schrecklichen Ereignissen von Solingen zum Ausdruck gekommen ist, macht deutlich, daß das Verhältnis von Schule, Familie und Politik neu diskutiert werden muß.

Geistige Einheit Deutschlands verwirklichen

Die zentralen Fragen unserer bildungspolitischen Diskussion müssen lauten: Wie verwirklichen wir nach der politischen auch die geistige Einheit Deutschlands? Wie erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit der Schulausbildung? Aber auch: Wie bewahre ich die Schule vor der Überforderung, gesellschaftliche Schäden auszugleichen? Wie verhindert man den Eindruck bei Schülern, Schule habe mit der Realität außerhalb des Schulgebäudes nichts gemeinsam?

Deutschland hat sich seit dem 03. Oktober 1990 verändert. Neue politische Aufgaben stellen sich mit Nachdruck. In diesem Jahr jährt sich die Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands zum dritten Mal, und die politische Einigung unseres Landes hat ohne Zweifel Fortschritte gemacht. Wie sieht es aber mit der inneren Einheit Deutschlands aus? Natürlich bedeutet die Wiedervereinigung für die Menschen eine Zeit der Umstellung. Dies gilt nicht nur für die Bürger der neuen Länder, auch im Westen zwingt die Wiedervereinigung die Menschen zum Umdenken.



Kultusministerin Steffi Schnoor: Informationsdefizit über Chancen unseres Schulwesens abbauen

Viele Bürger empfinden diese Veränderung als unbequem. Die Einigung Deutschlands als Chance zu begreifen, als Chance für eine kritische Überprüfung bestehender Strukturen – diese Perspektive verdiente mehr Aufmerksamkeit im Lande.

Gleichzeitig stellt der europäische Binnenmarkt das vereinte Deutschland vor neue Herausforderungen. Die europäische Einheit zwingt uns, unseren Platz in Europa neu zu definieren und gegenüber den anderen Ländern zu behaupten. Auch hier heißt es, Flexibilität zu beweisen, um sich auf die veränderte Situation einzustellen.

Neue Wege beschreiten

Wiedervereinigung und europäische Einheit sind Aufgaben nicht von ein oder zwei Legislaturperioden, sondern eine Generationenaufgabe.

Darum heißt es gerade für die Bildungspolitik, alte Strukturen zu überdenken und neue Wege zu beschreiten. Die Bildungspolitik muß Inhalte und Strukturen schaffen, um die Schüler

und Studenten unseres Landes auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Alles Gewohnte muß auf den Prüfstand gestellt werden! Nichts wäre jetzt schlimmer als aus Trägheit auf dem Althergebrachten zu beharren.

Der Aufbau eines freien und leistungsfähigen Bildungs- und Hochschulsystems in den neuen Ländern eröffnet die Möglichkeit, neue Wege zu gehen. Die neuen Länder haben in mancher Hinsicht eine Vordenkerrolle übernommen. Aber sie stoßen noch viel zu oft auf bequemes Beharren. Will unser Land die Fähigkeit, die Zukunft unter veränderten Bedingungen zu meistern, bewahren, dann muß jetzt die jahrelang verschleppte bildungspolitische Debatte in Angriff genommen werden.

Wie kaum ein anderes Land der Welt ist Deutschland darauf angewiesen, den Mangel an natürlichen Rohstoffen auszugleichen durch eine Ausbildung der geistigen Ressourcen. Wir müssen daher ständig darauf bedacht sein, die Qualität unserer Bildung und Ausbildung zu verbessern. Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Diskussion um das 13. Schuljahr.

Das Abitur muß als Zugangsvoraussetzung für die Hochschulen in seiner Qualität erhalten bleiben. Es hat sich erwiesen, daß das 12-jährige Abitur, wie es in den neuen Bundesländern die Regel ist, die Qualität der schulischen Ausbildung nicht beeinträchtigt. **Warum also am 13. Schuljahr festhalten?** Viel wichtiger ist es, eine einheitliche Lösung zu finden, die die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse Deutschland sicherstellt und die im europäischen Vergleich besteht.

Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Integrationsprozesses Europas wird nicht nur die Frage der Schulzeit, sondern auch die **Frage der Hochschulausbildung** diskutiert werden müssen. In den neuen Ländern ist die Neustrukturierung des Hochschulwesens weit vorangeschritten oder schon abgeschlossen. In Stralsund, Greifswald, Leipzig oder Halle zu studieren, wird bald für alle selbstverständlich sein. Das ist ein Beispiel für den Vollzug der inneren Einheit!

Wir müssen uns aber immer wieder fragen, ob unsere Hochschulausbildung im europäischen Vergleich standhält. Die Hochschulen sind überfüllt, darunter leiden Lehre und Forschung. Abhilfe kann hier eine Differenzierung zwischen berufsqualifizierendem Stu-

dium und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses schaffen. Für das berufsqualifizierende Studium sollen Regelstudienzeiten festgelegt und endlich umgesetzt werden. Hierzu ist das Studium zu entfrachten.

Außerdem ist die Verlagerung einiger Studiengänge an die Fachhochschulen wichtig. Fachhochschulen zeichnen sich durch praxisbezogene Ausbildung und straffe Studieninhalte aus. So wird dem Absolventen ein früherer Start ins Berufsleben erleichtert – gerade im Hinblick auf Europa ein sehr wünschenswertes Ziel.

Hochqualifiziertes Bildungssystem beibehalten!

Die oben aufgeworfenen Fragen werden Thema des „Bildungsgipfels“ sein. Ich sehe den „Bildungsgipfel“ als Teil der allgemeinen Notwendigkeit, die Strukturen der alten Bundesrepublik Deutschland auf ihre Funktionsfähigkeit in der Zukunft zu überprüfen. Natürlich muß beim Bildungsgipfel auch über Geld geredet werden. Ein hochqualifiziertes Bildungssystem ist teuer, es ist aber auch unser wichtigstes Kapital.

Neben den politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa drängt auch die gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes die Bildungspolitiker zur Suche nach neuen Modellen.

Die Explosion der Gewalt unter Schülern und Jugendlichen hat uns in den letzten Jahren in zunehmendem Maße erschüttert. Die Schule wird hier als Spiegelbild des Zustands unserer Gesellschaft. In einer nicht repräsentativ zu nennenden Erhebung an den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns wurden von den befragten Lehrern folgende Ursachen für das Verhalten ihrer Schüler vermutet:

- Probleme im Elternhaus
- fehlende Freizeitbetätigung
- Schulverdrossenheit
- Darstellung in den Medien.

Diese Untersuchung macht deutlich, daß oft die Situation im Elternhaus entscheidend ist für Probleme in der Schule. Bestätigt wird dies vom Bielefelder Jugendforscher Hurrelmann in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“:

„Wir haben heute Schülerinnen und Schüler, die oft in Familien aufwachsen, in denen die elementaren Grundregeln des Zusammenlebens nicht

eingeeübt werden. Ich würde schätzen, bis zu einem Fünftel der Kinder und Jugendlichen kommt heute mit deutlichen Zeichen einer sozialen Verwahrlosung in die Kindergärten und in die Schulen. Sie können sich dann nur schwer in die sozialen Regeln des Gemeinschaftslebens einfügen. Aggressive und gewalttätige Aktionen der Kinder und Jugendlichen sind so gesehen dann auch soziale Notrufe nach Aufmerksamkeit, nach Zuwendung, nach Anerkennung“.

Viele Familien bedürfen der Hilfe von außen. Mit der Entscheidung über den beruflichen Werdegang ihrer Kinder werden viele Eltern alleingelassen. Nicht selten sind sie darüber hinaus einem gesellschaftlichen Leistungsdruck ausgesetzt, den sie oft unbewußt an ihr Kind weitergeben. Ein Beispiel hierfür ist die verbreitete Fixierung der Gesellschaft auf das Abitur als schulisches Bildungsziel. Wenn Kinder von der ersten Klasse an auf das Abitur getrimmt werden entsteht für alle Beteiligten oftmals ein enormer Streß. Für das Kind bedeutet dies nicht selten, zu den familiären Problemen gesellen sich schulische hinzu.

Vielfalt der Bildungswege bewahren

Staatliches Engagement ist gefragt. In unserer Schulpolitik müssen wir die bestehende Vielfalt der Bildungswege bewahren und fördern. Gleichzeitig müssen wir auf breiter Basis alle Entscheidungsträger durch umfassende Information und Fortbildung dazu befähigen, Fehlentwicklungen frühzeitig entgegenzuwirken.

Es gibt offenbar ein erhebliches Informationsdefizit über die Chancen und Karrieren, die unser Schulwesen eröffnet, und das muß schnell abgebaut werden. Hierzu können nicht zuletzt auch verstärkte Kontakte zwischen Eltern und Schule oder die Möglichkeit zum Austausch zwischen den Familien beitragen.

Insbesondere aber die Lehrerinnen und Lehrer tragen für die Entwicklung ihrer Schüler eine hohe Verantwortung. Spezielle Fortbildungsmaßnahmen müssen daher die Lehrer unterstützen, dieser Verantwortung auch angesichts der großen gesellschaftlichen Probleme gerecht zu werden. Für die Lehrer im Osten Deutschlands war es in diesem Zusammenhang wichtig, daß ihre Ausbildungsabschlüsse anerkannt wurden. Dies ist nun unter meiner Federführung auf der Konferenz

der Kultusminister im Mai in Greifswald geschehen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Vollzug der inneren Einheit, der auch im Hinblick auf die Stärkung der Autorität der Lehrer überfällig war.

Gestaltung lebendiger sozialer Beziehungen

Genauso vielfältig wie die Ursachen müssen letztendlich auch die Lösungsansätze sein. Hilfe kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle Teile der Gesellschaft zusammenarbeiten. Die Eltern und Lehrer müssen ihre erzieherischen Aufgaben wahrnehmen, die Politik muß ihnen bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben helfen.

Ich bin der Überzeugung, daß die Gestaltung lebendiger sozialer Beziehungen, in denen sich Menschen nach ihren Möglichkeiten entfalten können, die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre ist.

Unter meiner Federführung hat die Landesregierung das Programm „Zukunft der Jugend und ihrer Familien in Mecklenburg-Vorpommern“ aufgelegt. Das Landesprogramm geht deshalb davon aus, die wichtigsten Lebensbereiche eines Menschen, nämlich seine Familie, seine Freizeit, die Schule und deren Umfeld sowie seinen Ausbildungs- und Arbeitsplatz in ihren Wechselwirkungen zu sehen und zu erfassen.

In dem Landesprogramm gibt es ein Sonderprogramm, das speziell für Freizeitaktivitäten an Schulen in den Nachmittagsstunden Fördergelder bereitstellt. Dies ist meiner Ansicht nach ein ganz wesentlicher Schritt, die Schule in das Leben der Jugendlichen einzubeziehen, und ihnen die Möglichkeit zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung zu geben.

Wenn wir als CDU unserem ganzheitlichen Menschenbild gerecht werden wollen, ist es wichtig, die oben skizzierte Verbindung der einzelnen Gesellschaftsbereiche zu verfolgen. Nur dann kann die Politik Hilfe und Unterstützung wirkungsvoll anbieten, wenn lebendige soziale Beziehungen unser Ziel sind.

Darüber hinaus müssen wir jetzt die Chance zur Erneuerung und Kreativität nutzen und unser Schulsystem auf die politischen Herausforderungen der kommenden Jahre vorbereiten.

Ann.: Steffi Schnoor ist Kultusministerin von Mecklenburg-Vorpommern.

Die neue Schule für Thüringen

Bildungspolitik in den neuen Ländern

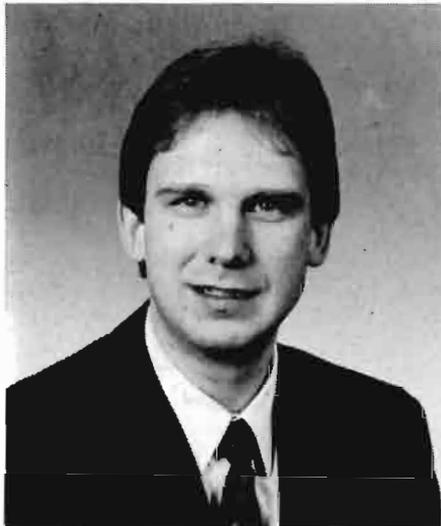
Dieter Althaus

Die Bildungspolitik in Deutschland ist auf den Prüfstand gestellt. Dies liegt nicht nur an kontrovers diskutierten Organisationsmodellen von Schule, ob gegliedertes Schulwesen oder Gesamtschule; ob 12 oder 13 Jahre bis zum Abitur. Dies wäre meines Erachtens vordergründig und gibt auch keine Antwort auf die entsprechende Frage: „Was müssen unsere Kinder heute lernen, was müssen sie wissen, wenn sie in der Welt von morgen bestehen sollen?“

Obwohl ich überzeugt davon bin, daß ein Zusammenhang zwischen Organisationsform von Schule und Bildungsauftrag besteht, hat die Grundposition über Bildungspolitik tiefer zu gehen. Und dies aus zwei Gründen: Zum einen sind wir in den neuen Bundesländern aufgerufen, eine radikale Kurskorrektur unserer ehemaligen bildungspolitischen Grundsätze vorzunehmen. Vor welcher Aufgabe wir im Osten Deutschlands in der Bildungspolitik stehen, wird dadurch deutlich, wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß beispielsweise in der Arbeitsordnung für pädagogische Kräfte der DDR aus dem Jahre 1979 – die bis 1989 gültig war – steht: „Es ist die Aufgabe der Pädagogen, die Kinder, Schüler, Lehrlinge und Werktätigen in der Erwachsenenbildung zu guten Staatsbürgern, Patrioten ihres sozialistischen Vaterlandes und zu proletarischen Internationalisten zu erziehen.“

Das heißt doch im Klartext, daß der Lehrer im Dienst der SED zu stehen hatte, mit der Folge, daß durch ihn repressive Macht, Einschüchterung, Kontrolle und Überwachung ausgeübt werden sollte. Die Rolle des Lehrers in der ehemaligen DDR war daher eine auf Systemstabilisierung ausgerichtete Tätigkeit, die keine Erziehung im Sinne der Toleranz, der Mündigkeit und Selbstbestimmung zuließ. Der Lehrer war, so jedenfalls die Vorstellung der sozialistischen Bildungsplaner, Transmissionsriemen einer von der SED vorgegebenen Bildungsideologie.

Doch im praktischen Unterrichtsgeschehen sind viele Lehrerinnen und Lehrer am Werk gewesen, die mit einem großen Inszeniergeschick beispielsweise in den Realfächern sehr überzeugende pädagogische Leistungen erbracht haben. Ohne diese fachkompetenten Lehrerinnen und Lehrer wäre der Aufbau des neuen Thüringer Schulwesens nicht möglich gewesen.



Kultusminister Dieter Althaus: Gelebte Werte überzeugen!

Es gibt im Lande Thüringen und das trifft auch auf die anderen neuen Bundesländer zu – viele engagierte und gute Lehrerinnen und Lehrer, die keinen Grund zu haben brauchen, sich hinter westdeutschen Kolleginnen und Kollegen schüchtern und ängstlich zu verstecken.

Im Gegenteil: Mit ihrer Sach- und Fachkompetenz, mit ihrer Human- und Sozialkompetenz sind viele unserer Thüringer Kolleginnen und Kollegen beispielsweise so manchen Konfliktpädagogen aus dem Westen weit überlegen.

Die antiautoritäre Erziehung im Westen Deutschlands trat unter dem Schlagwort der Emanzipation auf. Es sollte eine „Befreiung von den religiösen und moralischen Überlieferungen und den Autoritätsträgern“ erfolgen. Die Modernisierung der Gesellschaft sollte mit der Herauslösung der Menschen aus ihrer „unbefragten Bindung“ erfolgen. Im Geiste dieses naiven Rationalismus ist alles als Merkmal mangelnder Mündlichkeit verächtlich gemacht worden, was den Menschen emotionale Geborgenheit, inneren

Halt und Sinn gibt. Eine Überbetonung der Selbstentfaltungs- und Selbstverwirklichungsstrategien stand im Mittelpunkt von bildungspolitischen Programmen. Es wurde übersehen, daß Rechte und Pflichten miteinander zu korrespondieren haben. Quelle und Ursprung dieser verirrten Pädagogik waren die Anhänger der sogenannten 68er Generation, Hochschulprofessoren und Studenten im Westen, die mit einer promarxistischen und daher falschen Heils- und Gerechtigkeitsideologie inspiriert waren und sich nicht scheuten, bei ihren Demonstrationen hinter den Konterfeis der kommunistischen Menschenverächter Lenin, Mao, Castro, CheGuevara und Ho-Chi-Minh zu marschieren.

25 Jahre danach sind hier die Quellen und Wurzeln zu suchen, wenn heute von einer Desorientierung der Gesellschaft in Westdeutschland gesprochen werden muß, zumal auch hier ein radikaler Wertezerfall in bezug auf Gemeinsinn hin orientiertes Verhalten festgestellt werden muß.

Daher ist die Herausforderung für die Bildungspolitik eine gesamtdeutsch zu lösende Aufgabe mit einer klaren Antwort darauf, wie der Handlungsbedarf im einzelnen auszusehen hat.

Bildungspolitischer Auftrag

Wie alle Politik muß sich auch die Bildungspolitik dadurch rechtfertigen, daß sie sittlichen Zielen verpflichtet ist. Sie muß sich auch durch Nähe zur Wirklichkeit rechtfertigen und es verstehen, praktische Probleme praktisch zu lösen.

Unsere europäische Kultur basiert auf der Leitbildung der selbstverantwortlichen Persönlichkeit. Der Auftrag der Bildungseinrichtung in Thüringen und auch in Deutschland hat sich daher abzuleiten von den Wertvorstellungen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des Sozialrechtsstaates, wie sie im Grundgesetz zum Ausdruck kommen. Dieser Auftrag orientiert sich an einem Menschenbild, das, eingebettet in die europäische christlich-humanistische Tradition, gekennzeichnet ist von Freiheit, Toleranz, Individualität und Verantwortung. Mit diesem grundlegenden Anspruch sind wir in Thüringen angetreten, die neue Schule zu gestalten. Diese Kernaussage ist das Wesensmerkmal der im Entwurf des Thüringer Schulgesetzes artikulierten Bildungs- und Erziehungsziele.

Erziehung, Bildung und Ausbildung sind gleichermaßen wesentliche Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein solches Bildungs- und Ausbildungssystem hat somit auch eine Gemeinwohlfunktion. Es dient nicht nur der Entfaltung der Person, sondern gleichermaßen der Zukunftssicherung von Staat und Gesellschaft.

Differenziertes Schulangebot

Daher gilt es, im Spannungsfeld von Persönlichkeitsentfaltung und Arbeitsmarktorientierung einen guten Mittelweg zu finden. Das beinhaltet auch, daß sich Bildungspolitik klar und eindeutig zur Industriegesellschaft, zum naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt und zum verantwortungsvollen Einsatz neuer Technologien bekennt. Daher muß es zu den Zielen unserer Schulen in Deutschland gehören, den Zusammenhang zwischen Leistung, Wohlstand und Freiheit einsichtig zu machen und den Jugendlichen wirtschaftliche Zusammenhänge und Abhängigkeiten verständlich zu vermitteln. Daher muß in unseren Schulen auch deutlich artikuliert werden, daß sich die soziale Leistungsschule und die soziale Marktwirtschaft einander bedingen. Hier arbeiten Menschen, hier helfen Menschen und hier wird den Menschen geholfen. Lassen Sie mich daher das Bild vom Heiligen Martin stellen: Er war es, der seinen Mantel mit dem Bedürftigen, mit dem Frierenden, mit dem in Not geratenen Bettler teilte. Das verstehen wir unter Nächstenliebe, das ist die Seele unseres Subsidiaritätsprinzips.

Wenn wir solche Bilder der sozialen Marktwirtschaft unseren Schülern vermitteln, dann ist mir nicht bange, die so notwendige Faszinationskraft der Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln.

Manche verirrtten Geister aus dem sozialistischen Lager sind allerdings heute noch der Auffassung, daß es schon einen Gerechtigkeitsfortschritt gebe, wenn keiner von beiden einen Mantel besitze. Mit dieser Egalitätsmanie kann man den Mantel gleichwertig verteilen. Geholfen wird weder dem einen noch dem anderen.

Schülergerecht ist ein Bildungswesen dann, wenn es für alle Kinder und Jugendlichen ein differenziertes Angebot an Bildungswegen bereitstellt. In Thüringen gehen wir diesen Weg. Der Elternwille sowie die Eignung des ein-

zelnen Kindes sind die Kriterien für die Wahl einer bestimmten Schullaufbahn. Jedes Kind soll die Schule besuchen, in der es sich am wohlsten fühlt und in der es am besten gefördert werden kann. Freude am Lernen sichert Schulerfolg. Deshalb dürfen nicht „alle alles haben“. Dabei ist es immer wichtig, die Spannung zwischen Differenzierung und Sozialanspruch positiv zu lösen. Nicht für alle Kinder die gleiche Schule, sondern für jedes Kind die richtige Schule, lautet das Postulat unserer Bildungspolitik.

Wenn in der Bildungspolitik von Gleichheit die Rede ist, da ist sie nur als ein für alle geltendes Zugriffsrecht auf Bildung zu verstehen. Wer mit Freiheit Ernst macht, kann Gleichheit nicht im Sinne von Gleichmacherei verstehen und darf Gleichheit nicht als Ziel, als Resultat von Bildungspolitik apostrophieren. Wer Freiheit sagt, muß Leistung, Differenzierung und damit die Unterschiedlichkeit der Menschen anerkennen. Er muß den Menschen nehmen, wie er ist, als unvollkommenes Wesen, mit seinen unterschiedlichen Neigungen, Begabungen und Fähigkeiten, und er muß daher ein Bildungssystem anbieten, das durch Pluralität und Differenzierung, Wettbewerbs- und Leistungsbezug geprägt ist. Wir wissen doch alle, daß eine arbeitsteilige Gesellschaft und ein gegliedertes Schulwesen einander entsprechen. Daher muß sich Schule auch immer am Beschäftigungssystem orientieren.

Die Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und allgemeiner Bildung

Das Prinzip der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung darf nicht mehr ein Gegenstand von Sonntagsreden sein, darf kein Lippenbekenntnis sein. Wir brauchen angesichts der Tatsache, daß sich ein eklatanter Mangel in den Facharbeiterberufen, in den Handwerksberufen abzeichnet, dringend Mittel und Wege, die berufliche Bildung attraktiver zu machen.

Wir gehen auf ein Gymnasiastenteil von über 40 % im Durchschnitt zu. Die Hochschulen im Westen Deutschlands fahren mit einer Überlast von nahezu 200 %. Die Zahl der Studienabbrecher schnell mit ca. 30 % in katastrophale Höhen. Das einzige Steuerungsinstrument für den Hochschulzugang ist derzeit der numerus clausus, der letzten Endes auch nur die Noteninflation im Abitur in den Griff

bekommen kann und damit neue Ungerechtigkeiten schafft. Die Wirtschaft klagt über mangelnde Grundfertigkeiten bei den Absolventen des Bildungssystems. Die Ausbildungszeiten werden immer länger, und die Lebensarbeitszeit wird immer kürzer.

Das Ausbildungssystem wird schon von daher immer teurer und ist auf die Dauer nicht finanzierbar. Der Ansturm auf das Gymnasium wird erst dann nachlassen, wenn die nichtakademischen Berufe geachtet werden wie die akademischen Berufe, wenn Menschen ohne Abitur und Studium nicht mehr „als Menschen zweiter Klasse“ gelten.

Die Hauptschuld am falschen öffentlichen Bewußtsein und an der Fremdbestimmung des Gymnasiums tragen diejenigen, die, verleitet von einem falschen Gleichheitsbegriff, eine Art „Volkslaufabitur“ für alle anstreben.

Ein Arbeiter oder Handwerker, der stolz ist auf sein Können und seinen Beruf, muß eine solche Bildungspolitik als schwere Beleidigung empfinden. Wir machen doch die Menschen dadurch unglücklich, wenn sie zu Akademikern gezwungen werden, obwohl ihre Begabungen und Neigungen ganz woanders liegen. Kinder, unabhängig ihrer Herkunft, sollen nur dann Akademiker werden, wenn sie die entsprechende Begabung besitzen.

Deswegen bin ich der Auffassung, daß wir mit einem falschen Elitebegriff aufräumen müssen. Zur Elite gehören nicht nur Akademiker. Ein Handwerksmeister, der auf seinem Gebiet sauber und schöpferische Spitzenarbeit leistet, gehört genauso zur Elite wie ein Universitätsprofessor, der auf seinem Gebiet Spitzenleistung erbringt. Das Qualitätsmerkmal „Made in Germany“ hat doch seinen Ursprung darin, daß tüchtige Ingenieure und Handwerker gemeinsam dazu beigetragen haben, daß Deutschland auf wirtschaftlich-technischem Sektor Weltruf genießt. Diesen Standard müssen wir halten und dürfen ihn nicht durch weltfremde und verirrtte Geister aus dem Traumbereich der Ideologie auf Spiel setzen lassen.

Wenn man Fördern wirklich als sozial versteht, dann darf nicht verdrängt werden, daß auch Hochbegabte Förderung verdienen. In Thüringen haben wir mit dem Spezialgymnasium eine Antwort gegeben. Aber auch jene 10-15 % Schüler, die keinen herkömmlichen Abschluß erreichen, bedürfen der Förderung. Daher steht in Thürin-

gen fortan Kindern und Jugendlichen, die einer besonderen schulischen Bildung, Erziehung und Betreuung bedürfen, ein behindertenspezifisches Förderschulangebot zur Verfügung.

Wenn wir in einer arbeitsteiligen Gesellschaft leben, so heißt das, daß jeder an seinem Platz mit seiner Begabung und seinem Fleiß zum Gesamterfolg beiträgt. Der einzige Bewertungsmaßstab, der in diesem System gelten darf, ist die Leistung. Nur im unfreien System tritt an die Stelle der Leistung die Gesinnung – das haben wir 40 Jahre lang in der ehemaligen DDR erlebt.

Wenn Leistungen bewertet werden sollen, dann können immer nur Leistungen auf einem bestimmten Gebiet miteinander verglichen werden. Das gilt auch für die Schule. Daher ist es ungerecht, will man die Leistungsfähigkeit eines manuell und praktisch begabten Schülers an der theoretischen Denkfähigkeit seines Altersgenossen messen. Nur wenn die verschiedenen Begabungen in den entsprechenden Schulformen – Gymnasien, Regelschulen, Förderschulen und Berufsschulen gefördert werden, dienen wir der Selbstverwirklichung des einzelnen und sichern den unterschiedlichen Bedarf unserer arbeitsteiligen, humanen Leistungsgesellschaft. Darüber hinaus ist es eine Unmenschlichkeit und eine Verschwendung von Ressourcen zugleich, wenn man die notwendigen Selektionsentscheidungen temporär verschiebt.

Der Wertebezug in der Bildungspolitik

Die Bildungspolitik hat die große Aufgabe und Chance, Schülerinnen und Schüler das weiterzugeben, was wir als Werte und Orientierungen in einer demokratischen Gesellschaft ansehen.

Unsere Gesellschaft ist auf Dauer nur lebensfähig, wenn sie ein Fundament aus akzeptierten und gelebten Werten hat. Werte stellen Orientierungssysteme dar. Nötig sind sie nicht, weil ihre guten Gründe offensichtlich sind, sondern weil man ohne sie nicht leben kann. Wertentscheidungen sind immer persönliche Entscheidungen und diese prägen öffentliches Bewußtsein.

Deshalb kann Werteerziehung auch nicht als Wissensvermittlung in ein Unterrichtsfach abgeschoben werden. Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen die Wertbezüge ihrer Entscheidungen

transparent machen. Gelebte Werte überzeugen, dozierte Werte bleiben tote Werte. Wenn heute oft leichtfertig von Wertewandel gesprochen wird, dann meint man den Einstellungswandel zu den Formen, in denen Werte bisher tradiert wurden. Nicht die Werte wandeln sich, sondern die Einstellungen zu ihnen.

Auch die Schule muß deutlich machen, daß Selbstverwirklichung allein dem Leben noch keinen Sinn gibt. Eine Solidargemeinschaft kann es nur geben, wenn auch übergeordnete Maßstäbe gelten. Daher dürfen nicht nur Selbstentfaltungswerte in den Mittelpunkt der Erziehung zur Mündigkeit gestellt werden, sondern auch die Pflicht- und Akzeptanzwerte.

Junge Menschen suchen und brauchen Antworten auf die Fragen nach dem Sinn und dem Ziel ihres Lebens. Erziehung und Bildung müssen darauf tragfähige Antworten geben. Erziehungs- und damit Bildungsziele haben immer einen weltanschaulichen Hintergrund. Es gibt keine wertneutrale Erziehung, denn Erziehung setzt Entscheidung voraus.

Erziehungsziele formuliert der demokratische Staat, der sich innerhalb der pluralistischen Gesellschaft als

Vermittler der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen versteht.

Das wichtigste Erziehungsziel ist, jungen Menschen eine lebensbejahende Grundeinstellung zu vermitteln. Dazu bedarf es auch der Darstellung positiver Leitbilder, damit Jugendliche trotz unübersehbarer Widersprüche mit sich selbst eins bleiben.

Kritik wird heute groß geschrieben, und Kritik ist notwendig. Aber sie setzt realitätsgerechte Lebensgrundlagen voraus. Dazu gehört die Frage nach den religiösen und den ethischen Bindungen ebenso wie die Frage nach den Bindungen, die aus der Geschichte von Heimat und Nation erwachsen. Wird dies vergessen, sind Bindungslosigkeit und Manipulierbarkeit die Folge.

Diesen Phänomenen muß entgegengetreten werden, sonst lassen wir es zu, daß unserer Jugend immer mehr der Boden unter den Füßen entzogen wird. Daher ist es notwendig, daß junge Menschen Liebe und Zuwendung spüren müssen. Nicht nur im Elternhaus, sondern auch in der Schule. Denn „aus Kindern ohne Liebe werden Erwachsene voller Haß“!

Ann.: Dieter Althaus ist Kultusminister von Thüringen.

Wahrheit gewinnt Vertrauen – Voraussetzung für erfolgreiche Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein

Ottfried Hennig

Der Evangelische Arbeitskreis wird seine 34. Bundestagung im Herbst in Lübeck veranstalten. Darüber freue ich mich sehr und wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern schon jetzt auf diesem Wege einen schönen, ereignisreichen und interessanten Aufenthalt in Schleswig-Holstein mit bleibenden guten Erinnerungen an unser schönes Land.

Mit der Reformation in der Hansestadt Lübeck ist auf das Engste der Name Johannes Bugenhagen verbunden, einer der wichtigsten Mitarbeiter von Dr. Martin Luther. Bugenhagen war es, der 1531 eine neue Kirchenordnung für Lübeck schuf, 11 Jahre bevor er eine neue Kirchenordnung auch für Schleswig-Holstein entwarf, die vom Landtag zu Rendsburg 1542 einstimmig für die Herzogtümer Schleswig und Holstein angenommen wurde. So wurde der Protestantismus zu einem weiteren Band der Einheit Schleswig-Holsteins.

Positive Meldungen sind derzeit eher die Ausnahme, wenn in den Medien über Schleswig-Holstein berichtet wird. Skandalträchtige Schlagzeilen bestimmen das Bild, seitdem Geständnisse der regierenden Sozialdemokraten über dubiose Geldzahlungen und über Lügen des früheren Ministerpräsidenten die Menschen in unserem Land und in ganz Deutschland tief erschüttert haben. Die Folge ist ein weitreichender Vertrauensverlust vieler Menschen in „die Politik“ und in „die Politiker“, unter dem der Auslöser dieser jüngsten Affäre, die SPD,

besonders leidet, der aber auch auf die anderen staatstragenden demokratischen Parteien ausstrahlt.

Offene Fragen klären

Mehr als anderswo in der Republik reagieren die Menschen in Schleswig-Holstein besonders sensibel auf Politiker, die die Wahrheit verschweigen und die um des Machterhalts willen lügen. Dies ist die positive Frucht der Diskussion, die zur Jahreswende 1987/88 das Land beschäftigte. Was damals in erster Linie der CDU anklagend vorgehalten wurde, gilt jetzt genauso für die SPD. Tatsächlich gilt es umso mehr für die regierenden Sozialdemokraten, die mit höchsten Ansprüchen an eine „neue politische Kultur“, an „politische Sauberkeit“ und an die Moral schlechthin ihr Amt angetreten hatten und nun, entblößt jeder politischen Moral, vor den Menschen stehen.

Noch sind nicht alle offenen Fragen geklärt, der Untersuchungsausschuss beschäftigt sich mit der Suche nach der ganzen Wahrheit. Jede Zeugenvernehmung bringt neue Fragen nach der Glaubwürdigkeit der aufgetischten Geschichten. Deren rückhaltlose Aufklärung ist zur Zeit eine der zentralen Aufgaben der Landespolitik, denn solange Zweifel und Ungewißheit fortbestehen, so lange besteht auch das Mißtrauen der Menschen gegenüber den Regierenden fort.

Unter diesen aktuellen Ereignissen dürfen jedoch nicht die anderen gravierenden Probleme Schleswig-Holsteins zurücktreten. Nur mit überzeugenden Lösungen der von den Menschen als bedrückend empfundenen Probleme kann verlorengegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Voraussetzung dafür ist jedoch die vorbehaltlose Rückkehr zur Wahrheit: Regierende, die sich hinter eigenen Lügen, Märchen oder denjenigen ihrer Freunde verstecken, bleiben des Vertrauens der Menschen unwürdig. Wahrhaftigkeit ist die erste Voraussetzung dafür, das zerrüttete Vertrauen der Menschen in die Politik und in „die Politiker“ zurückzugewinnen.

Die Lösung der politischen Probleme des Landes gehört als zweite unabdingbare Voraussetzung dazu, doch gerade die Aufgaben, vor denen Schleswig-Holstein derzeit steht, erfordern ein großes Gemeinschaftswerk aller gesellschaftlichen Kräfte und aller Menschen: Es geht um nichts geringeres als um eine totale Umkehr in der Politik.

Hatte Schleswig-Holstein seit dem Ende des zweiten Weltkrieges im Abbau der größten Belastungen vom Wiederaufbau und der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten über 40 Jahre lang eine nahezu ungebrochene Aufwärtsentwicklung erlebt, so stellt die Gestaltung der inneren Einheit des vereinigten deutschen Vaterlandes eine neue Herausforderung dar. Vordergründig geht es dabei sicherlich um finanzielle Fragen: Wie finanzieren wir den Neuaufbau in den jungen Ländern nach über 40 Jahre sozialistischer Mißwirtschaft? Wie finanzieren wir die von den kommunistischen Diktatoren hinterlassenen Erblasten: Die staatlichen Altschulden, die Schulden der bankrotten Staatswirtschaft und die Schulden des Wohnungsbestandes?

Ansprüche des Menschen an den Staat

Aber es geht auch um mehr als um Geld: Wie sind die Ansprüche der Menschen an den Staat und an die Gesellschaft in Einklang zu bringen bei Menschen, die über 40 Jahre lang getrennt mit völlig verschiedenen Erfahrungswerten gelebt haben? Die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft hat sich an den Lebensstandard und an dessen ungebremschte Verbesserung gewöhnt; sie wird von diesem Automatismus angesichts der notwendigen Aufbauleistungen im Westen, verstärkt durch ökonomische rezessive Erscheinungen, Abschied nehmen müssen. Andererseits müssen viele Menschen, die mit dem Ende der SED-Diktatur, mit dem Ende der Einsperrung und dem Gewinn der Freiheit auch die Hoffnung auf schnellen Wohlstand verbanden, längere Geduld aufwenden, als wir alle vor der Wiedervereinigung angenommen haben.

Diese Phase der Umgewöhnung beschreiben viele Politiker und Journalisten als „Lasten“. Schleswig-Holsteins neue Ministerpräsidentin hat in ihrer Amtszeit als Finanzministerin gern über die „Kosten der Einheit“ gejammert und die „Belastungen des Landes“ hervorgekehrt. Ich habe diese Form der Problembewältigung nie verstanden: In meinen Augen ist der Solidarbeitrag der alten Bundesländer, den wir für die neuen Länder erbringen, keine Last, sondern eine Selbstverständlichkeit. Wir erbringen sie gern, damit unser Landsleute, die über 40 Jahre lang auf der Schattenseite Deutschlands leben mußten, möglichst bald genauso leben können, wie wir es als selbstverständlich empfinden.



Dr. Ottfried Hennig: Schleswig-Holstein steht vor großen Aufgaben.

Ich sehe in dieser großen Herausforderung sogar eine Chance, Fehlentwicklungen in der alten Bundesrepublik Deutschland zu korrigieren. Die Aufgaben im Zusammenhang mit der Gestaltung der Einheit verstärken lediglich den Druck, Probleme anzupacken, die auch ohne die Einheit mit großer Wucht auf unsere Gesellschaft zugekommen wären. Diese Aufgabe stellt sich in Schleswig-Holstein sicherlich stärker als in anderen Bundesländern, gehört es doch zu den vergleichsweise „ärmeren“ Ländern. Korrekturen in der Politik und die notwendigen Einsparungen greifen schneller als in den „reicheren“ Ländern in die Substanz ein, aber schon das Begriffspaar von „arm“ und „reich“ ist zu relativieren: War Schleswig-Holstein in der alten Bundesrepublik Deutschland relativ arm, so ist es im vereinten Deutschland relativ reich.

Fehlentwicklungen korrigieren

Gesellschaftliche Fehlentwicklungen sind in vielen Bereichen zu korrigieren, die vor allem das Verhältnis der einzelnen Menschen zur Gesellschaft insgesamt betreffen: Der Staat, auch das Land Schleswig-Holstein, hat in den vergangenen Jahren mehr geleistet, als er sich leisten konnte, und die Menschen haben vom Staat mehr Leistungen erwartet, als er erbringen kann. Einen Ausweg sehe ich in einer „Politik neuer Bescheidenheit“: Politik darf nicht vorwiegend daraus bestehen, den Menschen immer neue Versprechungen zu machen, in der Hoffnung, mit dem Verteilen von „Wohltaaten“ Wählerstimmen zu gewinnen. Andererseits müssen sich auch die Menschen selbst in ihren Ansprüchen

bescheiden: eine „staatliche Vollversorgung zum Nulltarif“ kann es nicht geben. Eigenverantwortung und Eigenleistung der Menschen müssen in der Politik ein viel stärkeres Gewicht erhalten als bisher.

Der Zwang zu einer solchen neuen Politik ist in Schleswig-Holstein besonders groß, da es unter gewaltigen Finanzproblemen leidet.

Politik zur Sanierung des Landes

Wer unter diesen Bedingungen nicht zu einer radikalen Umkehr in der Politik bereit ist, versündigt sich an den kommenden Generationen, die das Geld, das heute ausgegeben wird, erst noch erwirtschaften müssen. Darin liegt für mich die moralische Dimension einer Politik zur Sanierung des Landes, die die CDU aus christlicher Verantwortung heraus leistet. Daneben ist die sachliche Dimension sicherlich nicht weniger wichtig: Nur eine neue Politik ist in der Lage, die notwendigen Handlungsspielräume zurückzugewinnen, die absolute Voraussetzung sind, um die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen:

- Schleswig-Holstein braucht neue Verkehrsverbindungen, um die Chancen der Öffnung nach Osten und der EG-Erweiterung nach Norden zu nutzen. Andernfalls gerät Schleswig-Holstein noch weiter in eine Randlage.
- Schleswig-Holstein braucht mehr Investitionen in die innere Sicherheit, um den gravierenden Anstieg der Kriminalität zurückzudrängen: Die Menschen haben ein Anrecht darauf, daß der Staat ihre Sicherheit schützt.
- Schleswig-Holstein braucht mehr Investitionen in die Bildung, um im härter werdenden Wettbewerb innerhalb Europas und der Welt Schritt halten zu können.
- Schleswig-Holstein braucht intelligente Investitionen in die Umwelt, um mit einem hochgradig effektivem Einsatz von Ressourcen Natur und Umwelt für die kommenden Generationen zu bewahren.

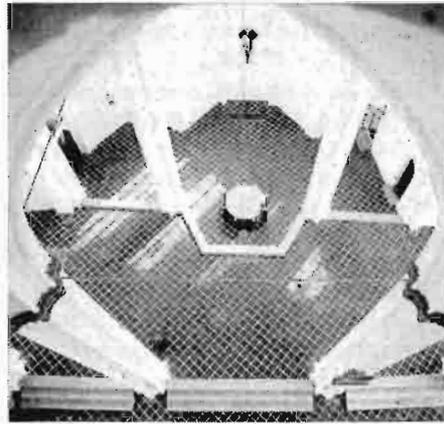
Schleswig-Holstein steht vor großen Aufgaben. Wir setzen auf verantwortungsbewußte Menschen, die nicht für sich, sondern für das Land arbeiten und für die Menschen, die hier leben. In dieser Verantwortung gestaltet die CDU-Landtagsfraktion Politik für Schleswig-Holstein.

Ann.: Dr. Ottfried Hennig ist Vorsitzender der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

St.-Petri zu Lübeck – Ein besonderer Raum

Günter Harig

Die einen – ich spreche von Touristen, die eher nebenher in diesen Kirchenraum geraten: auf dem Weg zum Turmfahrstuhl und zur fünfzig Meter hohen Aussichtsplattform, zum einzigen öffentlich zugänglichen Ort, der einen Blick auf die ganze Stadt erlaubt – die einen stehen im Eingangsbereich, nehmen den weißen Raum wahr, den Pfeilerwald, den roten Ziegelboden und das Licht, das dieser Raum ist, staunen – gar nicht so selten mit dem sprichwörtlich offenen Mund – und sind in die Spannung des Raumes



Blick auf den Altarraum

schon einbezogen, beginnen zu deuten, was so nach ihnen packt: „Mein Gott, ist so eine leere Kirche schön!“ Oder sie stellen die erste Frage: „Ist diese Kirche immer leer?“

Sie ist es nicht. Aber die Kraft, die Sprache des leeren Raumes ist stabile Begründung der Lust und Intensität, mit der in dieser Kirche seit fünf Jahren unter neuen Bedingungen und mit seltsam wenig „Kirchenfrust“ gearbeitet und ihre Leere aufgehoben wird. Und wer, sei er Lübecker, sei er Tourist, den leeren Raum wahrnimmt, gewinnt ein gleichsam natürliches Interesse an dem, was in dieser Kirche jetzt geschieht.

Gespräche zur Vorbereitung einer Veranstaltung beginnen nie im Büro, immer im Kirchenraum. Wie oft habe ich dabei inzwischen zusehen können, wie dieser Raum fesselt, sich erschließt, freigibt, fordert; ich kann mich darauf verlassen: mit wem ein Abend im Raum vorbereitet wurde, der reist zu diesem Abend mit einem Interesse an, das jenseits von Routine ist.

Erst vor einigen Wochen: ein ehrwürdiger alter Herr, architektur erfahren wie nicht viele, sagt noch im Eingangsbereich, also noch mitten im ersten – freilich wiedererkennenden – Blick in den Raum: „Ich wußte es doch: er ist einer der schönsten Räume Europas“; soweit war noch niemand von uns, auch in Augenblicken ungeeignetester Parteilichkeit für diesen Raum, gegangen.

Andere – jetzt spreche ich wieder von Touristen auf dem Weg zum Fahrstuhl zur schönen Aufsicht auf Lübeck – macht die erste Wahrnehmung des Raumes zögerlich; sie stehen einen Moment, werden keineswegs gespannt oder heiter oder einfach wach, sondern sie krümmen sich eher ein wenig; ihre Körpersprache sagt: „Hier ist es kü...“ oft genug schlagen sie sogar die Arme um die Brust, wie das die eben tun, die zu frieren beginnen: und wenn sie sich dann nicht abwenden, sondern den Raum richtig betreten, suchen sie den Altar, die Orgel, ein Bild oder sonst ein kirchliches Zeichen, das wärmen könnte; und sie fragen, warum diese Kirche so weiß sei – daß sie so weiß doch gewiß nicht immer gewesen wäre?

Diesen Menschen versuchen wir zu erklären, was erklärt werden kann; aber wir wissen, daß wir sie in unserer Arbeit kaum erreichen werden. Und wir finden das auch nicht schlimm; eher beruhigend: daß wir nicht für alle da sein können und also auch nicht müssen.

Menschen, die mich in Unklarheit lassen, denen ich nicht abspüre, ob sie der Raum packt oder kalt läßt, führe ich schließlich eine Wendeltreppe hinauf auf die alte Sängerempore über der Sakristei: da fallen sofort die alten Grabplatten in den Blick – von unserer Bauhütte in mühsamer halbjähriger Puzzle-Arbeit aus der Zerstörung zurückgeholt und als Fußboden der beiden äußeren Seitenschiffe gerettet; und die zweiunddreißig Gewölbe sind ein bißchen näher und die zwanzig Pfeiler sind ganz und gar wie ein Wald; und wer jetzt nicht merkt, was eine fünfschiffige gotische Halle sein will, der merkt es vielleicht nie; und also entscheidet sich, ob das Gespräch so weitergeht oder so ...

Weil wichtigste menschliche Erfahrungen nicht am Tage, sondern in der Nacht und in Dunkelheit gemacht werden, hat dieser Raum dann auch seine

besondere Zeit. Wenn man ihn in der Nacht doch nur für die Menschen, die den *nervus rei* spüren können und spüren würden, mit offenen Türen da sein lassen könnte! Manche sagen auch, seine stärkste Sprechstunde sei die Dämmerung nach einem vollen, satten Sommertag im Juli oder August. Noch andere bestehen auf einer diesigen Tagesstunde, in die dann doch ein Sonnenstrahl einbricht und den ganzen Raum, die Säulen zuerst, dazu bringt zu offenbaren; wozu sie überhaupt da sind: heitere Antwort zu sein auf Licht.

St. Petri hat eine längere, vor allem: eine sehr viel kompliziertere **Baugeschichte** als die fünf anderen Lübecker Innenstadtkirchen; rund dreihundert Jahre lang hat man sie gebaut, verändert, erweitert. Das für den Katholizismus so wichtige Laterankonzil von 1550 begann seine Wirkungsgeschichte, als man den Bau gründete; als er seine endliche Gestalt gewann, hatte die Reformation ihre Kinderschuhe bereits abgestreift und das Laufen gelernt.

Einheit in Verschiedenheit

Die Zahl der Bauherren und Baumeister, die mitgeredet und mitgeplant haben, die dazwischengefahren sind und neue Planungen durchsetzten, mag man phantasieren – und dann die Rätselfrage des Baus zu beantworten suchen: wo kommt die Einheit, wo kommt der Zusammenhang her, die bzw. der dieser Bau jetzt ist? Was verschiedene individuelle Willen sind und wirken – das wissen wir heute ja wohl; aber auf das, was sie zu solchem Ergebnis zusammenführt, aber stochern wir nur noch mit fast schon blinden Augen zu. Diese Kirche aber wirkt am Ende einer dreihundertjährigen Baugeschichte so, als habe ein Architekt sie während eines besonders glücklichen Nachmittags in einem Zuge entworfen, und als sei sein Plan dann auch in einem Zuge umgesetzt worden.

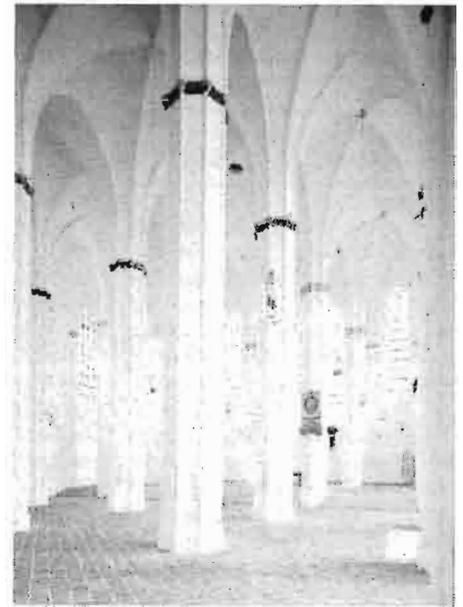
Ein anderes, kaum weniger bestaunenswertes Ergebnis ihrer komplizierten Baugeschichte: sie ist ein in der Längsachse nach vorn, in den Chor gerichteter Raum. Und genauso deutlich dessen große Alternative: Zentralraum; man bleibt nach längerem Durchschreiten des Raumes hin und her irgendwann wie von selbst und hartnäckig in seiner Mitte stehen: es müßte doch der Altar auch einmal hier gestanden haben, und die Gemeinde war rund um ihn herum versammelt ...

Dieser Raum ist Einheit in Verschiedenheit. Er verdankt seine Gestalt erheblichen Eigenwilligkeiten; aber nicht nur denen. Er ist ein Raum und hat viele Räume und – diese Erfahrung wurde nicht ohne Verwunderungen, nicht ohne erheblich überrascht zu werden, gemacht – dieser scheinbar so eindeutig angelegte Raum ist der „geborene“ Mehrzweckraum. Seine heutige vielfältige Nutzung hat gezeigt, daß er sehr verschiedenen Handlungssituationen angemessenen Raum gibt – angemesseneren Raum als z. B. die in den 60er Jahren ausdrücklich als Mehrzweckräume entworfenen und gebauten Kirchen.

In der **Bombennacht** über Lübeck am 29 März 1942 traf es auch St. Petri hart: die Kirche verlor Dach- und Turmhelm, das Kircheninnere brannte vollständig aus; es gab nicht einmal einen Löschversuch. Von der Ausstattung blieben – restaurierbar – übrig: ein paar Wandleuchter und die barocke steinerne Taufe; und in irgendeiner geschützten Ecke haben zwei kleine Abendmahlskelche das Feuer überstanden: durchgeschwärzt, leicht wie Papier, das Silber in irgendeinem chemischen Prozeß materialverwandelt, aber nicht geschmolzen. Man übergab sie mir an dem Tag, an dem ich St. Petri-Pastor wurde, und ich werde sie an meinen Nachfolger weitergeben.

Von heute aus gesehen – und nur für den, der durch die Brutalität jener Bombennacht einmal auch einfach hindurchgucken mag – war sie die Radikalfolge eines Vorgangs, der milder und freundlicher in St. Petri mehrfach geschehen ist. „Häufiger, als in den anderen Lübecker Kirchen, hatten in St. Petri die Generationen sich immer wieder neu eingerichtet und dabei Altes beseitigt“. Ein Schriftsteller formulierte, sich nach seiner St. Petri-Erfahrung verabschiedend und im Hinausgehen noch einmal in den Raum hineinwendend: „Diese vom Feuer auch freigegebene – diese klerikal entkernte Kirche ...“

Die Kirche blieb vierzig Jahre lang zerstört. Die Geschichte dieser Zeit – der immer nur teilweisen Sicherung der Bausubstanz, der Vorschläge zum Abriß oder zur Umnutzung, zu Einbauten oder Umbauten, der ausgeführten und ausgeführten Beschlüsse, der Wiederherstellung von Dach und Turmhelm – darf man spannend oder beängstigend oder abenteuerlich nennen; aber sie ist eine Happy-end-Geschichte: erst kletterten die Wünsche



Blick durch das Kirchenschiff

für eine Umgestaltung von St. Petri noch einmal in höchste Höhen durch einen im Kontext des Deutschen Kirchbautages 1979 durchgeführten großen Ideenwettbewerb – aber dann fiel bald der wirklich weise Beschluß, und wiederhergestellt wurde – in den Jahren 1981-1987 – die alte Architektur: sie allein; weil er neu erfunden werden mußte, wurde auch neu erfunden der – ästhetisch wunderbare, begrenzt praktische – Fußboden. Andere Architektur-Erfindungen fanden nicht statt.

Dem alten Raum neu zugemutet wurde nur moderne Technik: Heizung, Licht, Beschallungsanlage; im Turmbereich: Sanitärräume und eine Küche; eine rein funktionale Ausstattung: Altar, Lesepult, eintausendzweihundert leichtbewegliche Klappstühle, ein Scheinwerfer-Set, ein sehr variables Podium.

Als der Wiederaufbau begann, gab es nur vage Vorstellungen von der künftigen Nutzung der Kirche, denn es war klar, daß sie – in der mit großen Kirchen überbelegten und zugleich seit dem Krieg bevölkerungsmäßig ausgedünnten Lübecker Innenstadt – Gemeindekirche nicht mehr werden konnte. Aber es gab einen wunderbaren Satz und kirchliche Gremien, die sich auf dergleichen Prophetie einließen: „Dieser Raum sucht sich, wiederhergestellt, seinen Zweck“. Und das hat er getan.

Anm.: Am 22. und 23. Oktober 1993 findet die 34. EAK-Bundestagung in der St. Petri-Kirche statt.

Kurz notiert

Beitrag zum Abbau von Vorurteilen

Von Niccolò Machiavelli stammt das Wort: „Die Zeit enthält nie ausschließlich günstige Faktoren. Wer abwarten will, bis alle optimalen Faktoren sich zu einem Zeitpunkt vereinigen, wird nie etwas unternehmen“.

Dies mögen sich auch Charles de Gaulle und Konrad Adenauer gedacht haben, als 1962 das Konzept einer organisierten politischen Zusammenarbeit der sechs EWG-Staaten vorerst gescheitert war. Sie machten aus der Not eine Tugend und verabredeten die engere deutsch-französische Zusammenarbeit, die dann im Januar 1963 zum Abschluß des Freundschaftsvertrages führte.

Sechs Monate später nach Unterzeichnung dieses Vertrages, am 5. Juli 1963, wurde dann das Deutsch-Französische Jugendwerk aus der Taufe gehoben, eine zukunftsweisende Idee der beiden großen Staatsmänner und von manchem später als „das originellste Ergebnis des Vertrages“ bezeichnet.

Seither haben über 4,6 Millionen junge Franzosen und Deutsche das jeweils andere Land kennengelernt und es sind unzählige Freundschaften geschlossen worden.

... Ich gestehe offen, daß ich viel Sympathie dafür habe, auf dem erfolgreichen Weg der letzten Jahrzehnte weiterzugehen und das bewährte nach Möglichkeit auszubauen.

Nach wie vor hat das Deutsch-Französische Jugendwerk von seiner Bedeutung nichts eingebüßt. Im Gegenteil. Wenn Europa weiter zusammenwachsen soll, wenn wir verhindern wollen, daß der Nationalismus eine neue Chance erhält, dann dürfen wir in unseren gemeinsamen jugendpolitischen Anstrengungen nicht nachlassen.

Ich halte es dabei für besonders wichtig, daß in die Programme des DFJW noch mehr als bisher auch die in Frankreich und Deutschland lebenden jungen Ausländer miteinbezogen werden.

Ich sage nicht, daß internationaler Jugendaustausch an sich schon ein Heilmittel gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt darstellt. Es hilft aber – gut vorbereitet und durchgeführt –, mehr Wissen übereinander und damit mehr Verständnis füreinander zu entwickeln. Und in diese Arbeit sollten wir möglichst viele junge Leute aus beiden Ländern einbeziehen, egal welcher Nationalität sie sind.

Das DFJW will seit seinem Beginn einen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und zum interkulturellen Lernen leisten. Wenn es nicht schon vor 30 Jahren ins Leben gerufen worden wäre, hätten wir heute die Aufgabe, dies zu tun.

Bundesministerin Dr. Angela Merkel, MdB, anläßlich des 40jährigen Bestehens des Deutsch-Französischen Jugendwerks

Familienfreude statt Familienfrust

München. Ob man von Offenem Kanal, Rückkopplung oder Feedback spricht, gemeint ist immer das gleiche: Die Sterilität des Bildschirms aufbrechen und Mitsprache mit den Zuschauern probieren. Mit überraschendem Erfolg übt das seit einigen Monaten ein neues (erneuertes) Programmangebot des Bayerischen Fernsehens, das Magazin „Einundzwanzigzwanzig Familienzeit“. Sein außergewöhnlicher Untertitel: „Heute mit Beratungstelefon“.

Zum Jahresbeginn ist das Familienprogramm des BR-Fernsehens neu konzipiert, strukturiert und personell erweitert worden. In wöchentlichem Wechsel teilen sich die Redaktionen Jugend und Familie sowie Erziehung und Ausbildung das Thema Familien. Neu in den Programmbereich Familie eingetreten ist **Peter Gottschalk**, früher Kirchenredakteur bei ZDF und ORF. Er macht sich besonders für mehr Service und eben das „Zuschauertelefon“ stark. Nicht ohne Erfolg, wie die jüngsten Einschaltquoten beweisen: Das neue Magazin kann sich mit einer Akzeptanz zwischen fünf und acht Pro-

zent, das bedeutet eine Zuschauerquote von fast einer halben Million, auch gegenüber gleichzeitiger Unterhaltungskonkurrenz behaupten. BR – „Newcomer“ Peter Gottschalk, der sich zusammen mit **Erika Jobst** die redaktionelle Verantwortung für „Einundzwanzigzwanzig – Familienzeit“ teilt: „Geändert haben sich Sendeplatz, Sendezeit, Sendelänge, Themenwahl und Form, doch geblieben ist die journalistische Zielsetzung: Serviceinformation als Lebenshilfe“. Für Redaktionsleiter **Hans Jörg Vogel** heißt das: „Stabilisieren statt verunsichern, Kontakt statt Einsamkeit, Wertorientierung statt Wertneutraler Konflikt Diskussion, praktische Handreichung statt Unverbindlichkeit, Freude statt Frust.“

Inhalt und Form der Sendebeiträge der ersten fünf Monate dieses Jahres nimmt man ethisches und soziales Verantwortungsgefühl ab. Das bedeutet im allgemeinen Trend zu „Infotainment“ und Unterhaltung allerdings Verzicht auf Voyeurismus, Beachtung der Intimsphäre und Persönlichkeitsschutz. Vogel: „Zielgruppe ist die Familie mit ihrem sozialen Umfeld, hier zunächst die traditionelle Familie, die es zu stärken und stützen gilt, aber auch alle anderen partnerschaftlichen Konstellationen und Lebensformen, die – man mag es bedauern oder nicht – im Trend dieser Zeit liegen“.

Das besondere Interesse soll dabei den Kindern gelten, „die vor allem bei Scheidungen und sogenannten offenen Partnerschaften nicht selten auf der Strecke bleiben“, meint die „Einundzwanzigzwanzig-Redaktion“.

Die bisherigen Fragestellungen beweisen den Mut auch zu heißen Eisen: Jugendsexualität, Pflege in der Familie, Gewalt unter Jugendlichen, Drogen, sexueller Mißbrauch von Kindern, Familienerschuldung oder die Sektenproblematik. Gerade an der „Sektenfrage“ bewährte sich das Prinzip der Rückfrage: Lange nach Mitternacht stand das Telefon in Freimann immer noch nicht still und Hunderte von schriftlichen Anfragen wurden beantwortet.

Gerd Geier

Schule ist wieder in der Diskussion!

Der Arbeitskreis Bildung und der Evangelische Arbeitskreis der CDU – Pinneberg hatten eingeladen zu einer meinungsbildenden Diskussion über das Thema „Können wir auf das 13. Schuljahr verzichten?“. Vertreten waren vornehmlich Eltern aller Schülerjahrgänge, Lehrer von Grund- und Hauptschulen und Gymnasien, darunter ein Studiendirektor und ein Oberstudiendirektor, ferner Juristen und Studenten. Nach unserem Dafürhalten war es eine sehr sachliche und mit Beispielen immer konsequent an der Fragestellung geführte Diskussion, in deren Verlauf alle wichtigen Gesichtspunkte aus der Perspektive der unterschiedlich interessierten Teilnehmer beleuchtet wurden.

Ausgangspunkt der Diskussion bildete die Feststellung der Debatte auslösenden Situation.

- Auf Dauer muß man zu einer in der Bundesrepublik Deutschland einheitlichen Lösung kommen. Es wird in den neuen Bundesländern nur schwer durchzusetzen sein, die Schulzeit um ein Jahr zu verlängern.
- Durch die beginnende Europäisierung hat sich die Einbettung des deutschen Bildungssystems insgesamt verändert, und damit verändern sich auch die Konsequenzen, die der jungen Generation nach Absolvieren von Schulbahn und Berufsausbildungszeit aufzulasten. In viel stärkerem Maße als zuvor werden sie sich auf einer Konkurrenzebene mit anderen, hauptsächlich aber englischen und französischen Berufsanfängern befinden, die in der Regel mindestens 2 Jahre jünger sind. Dies gilt speziell für die kaufmännischen, naturwissenschaftlichen und technischen Bereiche. Allerdings ist dies nicht nur von unseren Schulen, sondern auch durch überlange Studienzeiten von unseren Hochschulen und Universitäten zu verantworten.

Einhelligkeit bestand in der Auffassung, daß die Thematik der Schulzeitdauer weder unter fiskalischer noch unter partizipativer Blickrichtung geführt werden dürfe.

Die anwesenden Gymnasial-Lehrer und Studenten sprachen sich eindeutig für die **Beibehaltung des 13. Schuljahres** aus.

Erfolge in der Verarbeitung des Unterrichtsstoffes und Selbstständigkeit darin, Vorgänge einzuordnen und Bewertungen vorzunehmen, also eine wichtige Phase größerer Reife, treten erst nach Ablauf des 12. Schuljahres ein. Erst dann erscheint eine Anwendung im Berufsbildungsgang bzw. im Studium gesichert. Eine Reihe von Unterrichtsfächern besitzt Lehrgangskarakter (besonders Fremdsprachen, aber auch Mathematik, Physik etc.). Insbesondere die Fremdsprachen sind angewiesen auf Einübungszeiten und lassen sich von daher – um einwandfreie Sprechfähigkeit zu erreichen – nicht beliebig raffen oder kürzen.

Die anwesenden Eltern und die übrigen Teilnehmer dagegen sprachen sich für eine **Verkürzung der Schulzeit** aus. Sie gingen dabei davon aus, daß es zu einer Strukturveränderung im Ablauf der Gymnasialjahre im Hinblick auf die Stoffverteilung kommen muß und daß man nicht nur das 13. Schuljahr „abhobeln“ könne.

Verkürzung der Schulzeit bedeutet Besinnung auf das Wesentliche und Entrümpelung der Lehrpläne, aber auch Auffüllen fehlender Lehrstellen zum Abbau des Unterrichtsfehls und -ausfalls. Man soll von dem Leitgedanken ausgehen: Wie verbessern wir das Gymnasium? Dies geschieht durch Vertiefen und Verstärken der pädagogischen Aufgaben und durch Verzicht auf häufig nur allzu zufällig ausgewählte Spezialisierung.

Eine Meinungsübersicht ergab in diesem Kreis eine überwiegende Mehrheit, die sich für die Verkürzung der Schulzeit aussprach, obwohl zuvor auch auf die Konsequenzen einer solchen Maßnahme hingewiesen wurde, wie z.B. Fortfall des freien Sonnabends, Verlängerung des Unterrichts in den Nachmittag hinein, Einschränkungen im Hinblick auf Differenzierungsmöglichkeiten in der Oberstufe.

Ich persönlich kann mir gut eine Lösung vorstellen, die zwischen dem „Ja“ oder „Nein“ liegt. Sie müßte ein zusätzliches gymnasiales Angebot darstellen...

34. Bundestagung des EAK der CDU/CSU

22. und 23. Oktober 1993, St. Petri-Kirche, Lübeck

„Macht und Verantwortung – Politik im Dienste der Menschen“



Programm
(vorläufig)

Freitag, 22. Oktober 1993:

- 14.00 Bundesarbeitskreissitzung (Delegiertenversammlung) mit Neuwahlen zum Bundesvorstand
- 18.00 Gelegenheit zur Kirchenbesichtigung mit Pastor Günter Harig, Lübeck
- 19.00 „Am Sonnenhang. Tagebuch eines Jahres“
Reiner Kunze, Oberzell
- 20.00 **Abendgespräch**
„Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen“ – Orientierung für politisches Handeln? mit:
Bischof **Karl Ludwig Kohlwege**, Lübeck
Ministerpräsident **Dr. Berndt Seite**, Schwerin

Leitung: Peter Hahne, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz (angefragt)

- 21.30 Empfang: durch CDU-Landesvorsitzenden **Dr. Ottfried Hennig**, MdL, Kiel

Samstag, 23. Oktober 1993:

- 9.00 **Geistliches Wort**
Bischof **Karl Ludwig Kohlwege**, Lübeck
- 9.15 **Eröffnung** durch die/den EAK-Bundesvorsitzende(n)

- 10.00 **Grußwort** des Bürgermeisters **Michael Bouteiller**, Lübeck
- 10.15 **Im Dienste der Menschen: Die Einheit gerecht gestalten!**
- 10.20 **Einführende Statements:**

Dr. h.c. Tyll Necker,
Präsident des BDI, Köln
Landesbischof **Christoph Stier**,
Schwerin
- 11.00 **Podiumsdiskussion** mit:

Brunhilde Fabricius,
Mitglied im Rat der EKD, Kassel
Dr. Ottfried Hennig, MdL, Kiel
CDU-Landesvors.; Schleswig-Holstein
Peter Hintze, MdB,
Generalsekretär der CDU, Bonn
Tyll Necker, Präsident des BDI, Köln
Landesbischof **Christoph Stier**,
Schwerin
Christian Wulff, CDU-Bezirksvorsitzender, Osnabrück

Moderation: **Renate Bütow**, ARD, Studio Berlin (angefragt)

- 13.00 Mittagessen
- 14.00 **Schlußvortrag**
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Bonn
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 15.00 Schlußwort

Information und Anmeldung:
EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/544-305

Aus unserer Arbeit

„Innere Einheit kommt, wenn auch nur langsam“

Schloß Burg. Fassungslosigkeit, gemischt mit grenzenlosem Jubel und Zukunftsoptimismus, prägte im Oktober 1990 das Bild. Die Mauer war gefallen und die Wiedervereinigung geschafft. Heute hat sich die Stimmung grundlegend geändert: In direkter Konfrontation mit den Folgen der Wiedervereinigung machten sich Angst und Zweifel in beiden Teilen der Republik breit.

„Wie weit sind wir gekommen? – Erfahrungen mit der Deutschen Einheit“. Dieses Thema stand im Mittelpunkt des 10. Schloß Burger Gesprächs, zu dem der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU eingeladen hatte.

„Nicht nur im Osten, auch im Westen fühlen sich viele überfordert. In den alten Ländern fürchtet man, daß die Kosten der Einheit zu hoch sein könnten. Im Osten fragen sich viele Bürger, ob sie sich im Umstrukturierungsprozeß behaupten können“, skizzierte **Dr. Hans Horn**, Vorsitzender des EAK-Bezirksverbandes Bergisches Land, die Situation im historischen Rittersaal.

Antworten auf die Fragen und eine Standortbestimmung erwarteten die über hundert Gäste, darunter zahlreiche Land- und Bundestagsabgeordnete aus der bergischen Umgebung, vom Referenten des Abends, **Dr. Horst Waffenschmidt**, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium. Waffenschmidt war kurzfristig für Dr. Angela Merkel, Bundesministerin für Frauen und Jugend, eingesprungen, die ursprünglich als Rednerin angekündigt worden und verhindert war.

„Das 40jährige SED-Regime hat tiefe Spuren in den Köpfen der Bürger hinterlassen. Doch damit nicht genug: Auch die materielle Hinterlassenschaft von vier Jahrzehnten Mißwirtschaft, ein Schuldenberg von 400 Milliarden Mark, wurde erst Monate nach der Vereinigung deutlich“, erinnert der Staatssekretär an die Situation vor drei Jahren.

Doch bei den unübersehbaren Zeichen des Aufschwungs dürfe das Schicksal der Menschen nicht aus dem Blick geraten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. „Die Phase des Übergangs ist zweifellos mit Härten und Belastungen verbunden.“

Zur Hilfe der Bürger in den fünf neuen Bundesländern, so der Redner, seien auch die Bürger im Westen der Republik gefordert. „Wir müssen persönliche Kontakte aufbauen und Patenschaften organisieren“, betonte Waffenschmidt.

Hat die christliche Ehe Zukunft?

Die diesjährige Podiumsdiskussion des Evangelischen Arbeitskreises Mittelfranken hatte die Zukunft der christlichen Ehe zum Thema. Das hochkarätig besetzte Podium, bestehend aus Landjugendpfarrer **Dr. Röhl**, Religionspädagogin **Motschmann**, Universitätsprofessor **Schmidt**, Synodalpräsident **Dr. Seitter** sowie Ministerialrat **Schmidt**, lockte mehr als 100 Zuhörer in die Evangelische Bildungsstätte Wildbad in Rothenburg ob der Tauber.

Unter Leitung des EAK-Bezirksvorsitzenden **Dr. Ingo Friedrich**, wurden die derzeit diskutierten Vorschläge zur Grundgesetzänderung, insbesondere des Artikel 6, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt, diskutiert.

Gesundheitsreform im gemeinnützigen Krankenhaus

Augsburg. Es diskutierten im Evangelischen Arbeitskreis der CSU Augsburg – Land und im Ortsverband Neusäß über erste Erfahrungen im gemeinnützigen Krankenhaus mit dem Landtagsabgeordneten **Max Strehle**: Rektor **Hans Joachim Katt**, Schwester **Angelika Schläfer**, **Walter Kramer**, **Dr. Adrian Eisenberger** von der Diakonissenanstalt Augsburg, **Walter Schwehofer** vom Vincentinum und **Dieter Nolden** vom Verband der Ersatzkassen Nord-schwaben.

Einladung
zur EAK-Landestagung Württemberg

am Samstag, 4. September 1993, 9.00 Uhr
Stuttgart, Haus des Abgeordneten

„Religion und Politik – Kirche und Staat in unserer heutigen Erlebnisgesellschaft“

u. a. mit:
Landesbischof **D. Theo Sorg**
CDU-Generalsekretär **Volker Kauder**, MdB
Erich Schneider, Landtagspräsident a. D.

Information und Anmeldung bei:
CDU-Landesverband, Hohenheimer Str. 9, 70184 Stuttgart,
Angelika Blessing-Bräuninger, Tel.: 07 11/210 43-23

Einladung

Die Bürger und ihr Staat
Welche Rechte – welche Pflichten?

Dienstag, 28. September 1993, 19.00 Uhr
Kleiner Saal, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn

Begrüßung: **Dr. Angela Merkel**, MdB, Bonn
Einführung: Justizminister **Steffen Heitmann**, MdL, Dresden

Gesprächsrunde u. a. mit:
Peter Beier, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland
Dr. Reinhard Göhner, MdB, Bonn
Konrad Weiß, MdB, Bonn

Einladung
zur EAK-Landestagung Bayern

Samstag, 18. September 1993, 10 Uhr
Ansbach

Macht und Moral
Grundsätze einer Politik aus christlicher Verantwortung

Information und Anmeldung:
CSU-Landesleitung, Wolfgang Vogelgesang,
Nymphenburger Str. 64, 80335 München, Tel.: 089/1243-253

Einladung
des EAK der CDU-Kleve

Dienstag, 24. August 1993, 20 Uhr
Bedburg-Hau, Ortsteil Hasselt
Gaststätte Pott und Pann, An der Molkerei 13

Dr. Jürgen Schmude, Präses der Synode der EKD
„Evangelische Kirche heute – Chancen und Bedrängnisse“

Information: Horst Jeromin, Haselweg 6, 47553 Bedburg-Hau

EAK-Bundesvorsitzende sprach bei ökumenischem Gottesdienst auf dem Hardtberg

Bonn. In seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen müsse auch jeder Soldat seinem Gewissen folgen. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen zu schützen sei Verpflichtung staatlicher Gewalt und Auftrag christlicher Friedensbotschaft. Das erklärte die EAK-Bundesvorsitzende und Bundesministerin für Frauen und Jugend, **Angela Merkel**, beim ökumenischen Gottesdienst der Bundeswehr auf dem Bonner Hardtberg. Das Motto: „Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Die Ministerin sprach zu Soldaten aller Dienstgrade der drei Teilstreitkräfte – vom Inspekteur bis zum Wehrpflichtigen. Die Bundeswehr habe ihren eigenständigen ethischen Rang als Instrument eines freiheitlichen und demokratischen Staates. Daher bewältige sie gelassen neugestellte Aufgaben, wie die Einheit Deutschlands, den Umbruch der bisherigen Weltordnung und internationale humanitäre Anforderungen. Die Pfingstbotschaft sei ein Aufruf, Brücken zur gegenseitigen Verständigung zu schlagen, betonte Merkel. Erstmals in der Geschichte der Menschheit werde kriegerisches Potential abgerüstet und zerstört, aber Krisen und Konflikte gehörten noch immer nicht der Vergangenheit an. Auch in Zukunft werde es Sicherheit und Frieden nicht zum Nulltarif geben. Die Wehrpflicht – so Frau Merkel – bleibe „Friedensdienst für unsere freiheitliche Grundordnung.“

Die Ministerin würdigte die vielen Hilfseinsätze der Bundeswehr. Humanitäre Missionen seien billiger und menschlicher als Rüstungswettlauf und Gegnerschaft.

Es gibt keine christliche Politik

Nagold. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Nagold beschäftigte sich mit der 40jährigen Geschichte des bundesweiten Arbeitskreises. Der stellvertretende Landesvorsitzende des EAK Württemberg, **Rainer Sindlinger**, referierte darüber unter dem Thema Politik aus christlicher Verantwortung.

Schon in seinen einleitenden Worten machte er deutlich, daß es keine christliche Politik gäbe. Der Arbeitskreis wolle vielmehr ethische Maßstäbe in die Politik einbringen und dazu verhelfen, daß christliche Zeugnisse und gesellschaftliches Handeln möglichst in Übereinstimmung gebracht werden könnten.

Karenztage sind Verlegenheitslösung

Magdeburg. Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt, **Jürgen Scharf** MdL, erklärt nach der jüngsten Landesvorstandssitzung des EAK:

„Die Pflegeversicherung als vierte Säule des sozialen Sicherungssystems muß jetzt beschlossen und möglichst schnell eingeführt werden. Gleichzeitig dürfen die Lohnnebenkosten nicht weiter steigen. Daher ist eine Kompensation für zusätzliche Kosten der Pflegeversicherung nötig. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften waren bisher unfähig, sich auf einen Vorschlag für ein Kompensationsmodell zu einigen.“

Die Ministerpräsidenten der Länder waren bisher nicht in der Lage, Feiertage als Kompensation anzubieten. Die großen Kirchen reagierten auf die mögliche Reduzierung von kirchlichen Feiertagen bisher ablehnend. Die nun vorgeschlagenen Karenztage sind eine schlechte und rechtlich fragwürdige Verlegenheitslösung.

Wir fordern die Kirchen und die Ministerpräsidenten der Länder auf, ernsthaft über die Abschaffung von ein bis zwei Feiertagen zur Vermeidung der Karenztage zu verhandeln.

In Sachsen-Anhalt könnte ohne großen Schaden für das kirchliche Leben auf den Feiertag 'Heilige Drei Könige' (6. Januar) und auf den Buß- und Betttag verzichtet werden.

Der Buß- und Betttag kann, wie schon jahrelang gewohnt, ohne Abstriche an der Verkündigung mit einem abendlichen Abschlußgottesdienst zur Friedensdekade begangen werden.“

Einladung des EAK-Thüringen zum 2. Abendgespräch

am Donnerstag, 23.9.1993, 19 Uhr
in Gotha, Schloß Friedensstein, Ostsaal

Zum Thema: Militärseelsorge
mit: Militärpfarrer **Rudold Jünghans**, Bonn
Pfarrer **Klaus-Dieter Hofmann**, Gillersdorf
Pfarrer **Erhard Graf** u.a.

Anmeldung und Information:
Rüdiger Scholz, CDU-Landesverband,
Heinrich-Mann-Str. 22, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/31652

Kirchentag in München

Am Stand des EAK auf dem 'Markt der Möglichkeiten' haben u.a. folgende Politiker aus den Reihen der CDU/CSU teilgenommen:

- Dr. Sabine Bergmann-Pohl ● Ilse Falk ● Dr. Ingo Friedrich ● Dr. Hans Geisler ● Michaela Geiger ● Otto von Habsburg ● Dr. Renate Hellwig ● Christine Lieberknecht ● Hans Maurer ● Dr. Angela Merkel ● Dr. Gerhard Päselt ● Dr. Friedbert Pflüger ● Christian Schmidt ● Carl-Dieter Spranger ● Dr. Horst Waffenschmidt ● Dr. Jürgen Warnke ● Kersten Wetzel



Zum Thema 'Umbruch in Europa' und zum Thema der Kirchentagslosung 'Nehmet einander an' wurden viele Gespräche geführt.

Zu unseren Aktivitäten am Stand gehörte unter anderem ein Preisrätsel zum Thema 'Europa'.

Die ersten drei Sieger bei unserem Europa-Quiz sind:

- Irene Zweifel, CH-5012 Schönenwerd ● Michael Krake, 57234 Wilnsdorf ● Susanne Klatt, 79400 Kandern

Herzlichen Glückwunsch aus Bonn
senden die Standteilnehmer.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Dr. Angela Merkel, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf ● Abonnementspreis jährlich 20,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Politik und Moral im Spannungsfeld von Medien, Kirche und Gesellschaft	1
Wird das Schulsystem den Anforderungen unserer Gesellschaft gerecht?	4
Die neue Schule für Thüringen	6
Wahrheit gewinnt Vertrauen – Voraussetzung für erfolgreiche Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein	8
St. Petri zu Lübeck	10
Kurz notiert	12
Ankündigung	
34. Bundestagung	13
Aus unserer Arbeit	14
Meditation über 1. Mose 45, 24	16

Unsere Autoren:

EAK-Bundesvorsitzende
Dr. Angela Merkel, MdB
Konrad-Adenauer-Haus
53113 Bonn
Kultusministerin
Steffie Schnoor, MdL
Werderstr. 124
19055 Schwerin
Kultusminister
Dieter Althaus, MdL
Werner-Seelenbinder-Str. 1
99096 Erfurt
Dr. Ottfried Hennig, MdL
Landeshaus Kiel
24105 Kiel
Pastor Günther Hartig
Schüsselbuden 13
23552 Lübeck

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

Meditation über 1. Mose 45,24

„Josef sprach zu seinen Brüdern: „Zanket nicht auf dem Wege“.

Den Satz hat meine Mutter – und zwar ohne jeden Bezug auf die genannte Bibelstelle – oft uns Geschwistern gesagt, wenn wir morgens zur Bahn gingen, um zur Schule zu fahren. Man wird schwerlich behaupten wollen, daß das Abschiedswort des Josef – und das meiner Mutter – Evangelium enthielte, wohl aber ist es ein weises Wort, wie ja die Bibel einen wahren Schatz an Weisheit enthält, und es ist nicht gut, daß wir darauf zu achten weiterhin verlernt haben. Als ich Student war, achtete man auf das Wort der Schrift nur soweit und sofern das Kerygma ganz unmittelbar zum Reden kam, und später erhob man das, was allenfalls Weisheit – etwa in Äußerungen von Synoden – war, annähernd zu Kerygma, und dann war es manchmal nicht einmal mehr weise!

Mir fiel an der Mahnung des Josef das Wort „zanken“ auf; alle mir zugänglichen Übersetzungen gebrauchen dieses oder ein inhaltähnliches Wort. Warum sagt Josef nicht: „streitet nicht auf dem Wege“? Wie verhängnisvoll ein unfriedliches Verhältnis zwischen Brüdern werden kann, das hätte er ja am eigenen Leibe erfahren. Warum gebraucht er ein Wort, das doch einen nicht begründeten Zwist meint, warum warnt er nicht mit dem inhaltsschweren Wort „Streit“? „zanken“, das bedeutet jenes Gezerre, das zwischen Menschen entstehen kann, ausgelöst allenfalls durch Neid oder durch den Überdruß aneinander, der entstehen kann, wenn Menschen zu engem Zusammensein gezwungen sind. Gegen das Entstehen von Zank kann man etwas tun, Zank braucht nicht zu sein, und schon gar nicht unter Brüdern. Zank zu vermeiden, kann man zu einem Teil wenigstens lernen, und die Welt wäre friedlicher, wenn es gelänge, das Zanken zu vermeiden.

Aber man kann es eigentlich nicht kultivieren, wohl aber sprechen wir nicht ohne Grund von einer Kultur des Streitens. Die Grundbedeutung von Streiten ist „Bewegung, Aufruf“, also jedenfalls etwas ernsthaftes. Das Alte Testament ist ein Buch, das viel vom Streit berichtet, nicht nur vom Streit mit Worten, sondern auch vom Streit mit Waffen, und es hält beides nicht nur für möglich, sondern auch für nötig. „Streit und Friede hat seine Zeit“ heißt es Prediger Salomonis 3,8, auch einem Weisheitsbuch. Man komme nun nicht zu schnell mit dem Hinweis, daß das alles durch Jesus Christus anders geworden sei und daß es in seiner Nachfolge nur noch den Frieden geben könne. Den Willen zum Frieden – ja – aber immer und unter jeder Bedingung Frieden?

Ich will einmal den Versuch machen, vom Streit zu sprechen. Im Streit geht es eigentlich um Überzeugungen, und auch wo man die andere Seite ganz ernst nimmt, bleibt ein Stachel, wenn es nicht gelingt, sie zu überwinden; sonst ist die Gefahr der Gleichgültigkeit nahe, und wo die herrscht, gibt es allerdings keinen Streit mehr, aber auch keinen Ernst. Im Streit geht es oft um das Recht, und darin verletzt zu werden, trifft den Menschen unter Umständen bis ins Mark, bis in seine Existenz. Es ist kein gutes Zeichen, wenn die Bewahrung des Rechtes und seine Durchsetzung womöglich mit pseudochristlichen Argumenten abgewertet wird. Nein, Pflege und Durchsetzung des Rechtes gehören zu den großen Kulturleistungen der Menschheit, und ich finde in den Schriften alten und neuen Testaments und in den Bekenntnisschriften bis hin zur Barmer Erklärung, daß darauf zu achten, zu Gottes Gnadenweisungen für diese gefallenen Welt gehört...

Albrecht Martin